

Gemeinsam stark

von Frank Zscheile

Die Einführung von E-Akten ist gerade für kleinere Verwaltungen IT-technisch eine Herausforderung. Daher haben sich Kommunen in den Kreisen Steinfurt und Borken zum Zweckverband Kommunale ADV-Anwendergemeinschaft West zusammengeschlossen.

Was die IT-Ausstattung angeht, blickt man in den nordrhein-westfälischen Kreisen Steinfurt und Borken schon etwas neidisch auf große Städte im Ruhrgebiet und auf übergeordnete Behörden. Diese sind meist gut ausgestattet mit Fachpersonal und können E-Government und elektronisches Akten-Management intensiv bearbeiten. In den kleinen Gemeinden, viele davon mit unter 20.000 Einwohnern, muss sich oft ein einziger engagierter IT-Verantwortlicher um diese Themen kümmern. Gemeinsam ist man allerdings stark, weshalb sich 39 örtliche Städte und Gemeinden im Zweckverband Kommunale ADV-Anwendergemeinschaft West (KAAW) zusammengeschlossen haben.

Der Zweckverband wurde im Jahr 1991 im nordwestlichen Münsterland zunächst als Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) gegründet und hat heute seinen Sitz in Ibbenbüren. Er erarbeitet Lösungsansätze aus dem Bereich der Informationstechnologie und fördert sowie intensiviert die interkommunale Zusammenarbeit, unter anderem bei der gemeinschaftlichen Beschaffung von IT-Dienstleistungen. Darüber hinaus unterstützt der Zweckverband bei der Umsetzung von E-Go-

vernment- und E-Akte-Konzepten. Die meisten der Kommunen im KAAW-Einzugsgebiet betreiben ihre IT autonom; 25 Kommunen im Verbandsgebiet setzen bereits das d.3ecm der Firma d.velop als Dokumenten-Management-System (DMS) ein. Die fachliche Betreuung des DMS übernimmt das Unternehmen codia Software.

Für den Betrieb von E-Akten stellt ein DMS die Grundvoraussetzung dar. Es führt die Akte als eigenständiges Objekt, mit Aktenzeichen, Berechtigungen, Aufbewahrungsfristen oder Aussonderungsregeln. „Die meisten Kommunen sind in Teilbereichen wie dem elektronischen Rechnungsworkflow mit dem Dokumenten-Management-System gestartet und stehen jetzt vor der organisatorischen Aufgabe, das System flächendeckend zum Einsatz zu bringen“, erklärt KAAW-Geschäftsführer Marcus Egelkamp. Der Reifegrad der digitalen Prozesse sei ausbaufähig, denn in kleinen Kommunen fehlten aufgrund der knappen Personaldecke in der IT meist die Zeit und die Instrumente, um überhaupt zu identifizieren, welche Prozesse sich dazu eignen, digitalisiert zu werden und wie E-Government-Komponenten mit dem DMS verknüpft werden können.

An dieser Stelle unterstützt die KAAW beratend mit ihrem Fachwissen im Bereich E-Government. Ein Beispiel für die Einführung einer medienbruchfreien E-Government-Anwendung ist die Anbindung von Fachverfahren an das DMS. Zahlreiche Bescheide für Bürger werden zunächst direkt in den Fachverfahren erzeugt und bearbeitet. Das Dokumenten-Management-System stellt dabei die zentrale Komponente für die elektronische Aktenführung und Langzeitspeicherung dar. Daher müssen diese Dokumente während oder nach der Bearbeitung mittels Schnittstelle an das DMS übertragen werden.

Für die Projektierung solcher digitaler Prozesse gibt es bei der KAAW seit September 2017 eigens einen Interkommunalen IT-Service-Manager, dessen Dienste interessierte Kommunen in Anspruch nehmen können. Für verschiedene Software-Lösungen unterhält die KAAW Rahmenverträge, darunter mit codia für das d.3ecm-System. Im Gesamt-E-Government-Prozess stellt ein DMS für Marcus Egelkamp das Kernstück dar. Es wird versorgt mit Daten aus anderen Systemen und liefert seinerseits Daten aus. Zudem ist eine komplexe Logik in Form von Workflows im DMS abbildbar.

Im Jahr 2014 wurde eine Bewerbergemeinschaft aus KAAW-Kommunen – Antragsteller war die Stadt Ibbenbüren – als „Modellkommune E-Government“ gekürt. Ausgeschrieben hatte das Projekt das Bundesministerium des Innern. Ziel war und ist es, das Bundesgesetz E-Government zu evaluieren und ein Konzept für die Umsetzung auszuarbeiten sowie erste Pilotprojekte durchzuführen. Das Credo der Bewerbergemeinschaft: Eine Vielzahl von Verwaltungsprozessen kann mit vorhandenen Bordmitteln digital gestaltet werden und ist im Sinne der interkommunalen Zusammenarbeit einfach und mehrfach anwendbar. Genau diese Zusammenarbeit war ausschlaggebend für den Projekterfolg.

Inzwischen führen die KAAW-Kommunen eine Vielzahl von verschiedenen DMS- und Workflow-Lösungen ein. So setzen sie intern ihre E-Government-Ziele hinsichtlich eines Digitalen Rathauses pragmatisch um. Parallel analysiert die KAAW gemeinsam mit einigen Mitgliedskommunen sowie den Firmen codia und d.velop, wie sich Funktionalitäten und Basisstrukturen des DMS gemeinsam nutzen lassen. Somit könnte man um dieses herum einheitliche E-Government-Prozesse entwickeln und Themen wie einen einheitlichen Aktenplan oder homogenes Outputmanagement noch standardisierter und wirtschaftlicher angehen. Dann müsste nicht mehr jede Kommune diese grundlegenden Funktionen selbst entwickeln und betreiben.

Die knappen Ressourcen für die Einführung und Optimierung digitaler Prozesse können durch weitere Shared-Services-Ansätze positiv unterstützt werden. Das erlaubt es den IT-Mitarbeitern in den Kommunen, sich noch stärker auf die unabwendbare digitale Transformation der gesamten Behörde zu konzentrieren. Erste Ergebnisse zu diesem Ansatz will der Zweckverband KAAW Ende des Jahres 2017 in Form einer Digitalisierungsstrategie 2025 vorlegen. Diese könnte Vorbild für andere Zweckgemeinschaften werden und zeigen, wie sich durch Zusammenschluss Technologien effizienter nutzen lassen.

Frank Zscheile ist freier Journalist in München.